

TI_GERICHTE 32.2005.127 vom 3. Mai 2006

TI Tribunale d'appello, 2006-05-03, IT

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_32.2005.127

FR: TI_GERICHTE 32.2005.127 du 3 mai 2006

IT: TI_GERICHTE 32.2005.127 del 3 maggio 2006

Regeste

Ricorso contro la tassazione della nota professionale di un avvocato decisa dall'Ufficio AI.

Erwägungen

E. 8

f.)." (Ueli Kieser, ATSG-Kommentar, Basilea 2003, Art. 52 cpv. 1 LPGA, N. 18 pag. 524) Di conseguenza, nel caso di specie è corretto che contro la decisione dell'Ufficio AI vi sia stata l'indicazione, come rimedio di diritto, del ricorso davanti al TCA. 2.3. Il TFA, già prima dell'entrata in vigore della LPGA, ha riconosciuto, a determinate condizioni, l'assistenza giudiziaria nella procedura amministrativa (DTF 125 V 32; DTF 117 V 408; SVR 2000 IV Nr. 18 p. 55 = Pratique VSI 2000 pp. 164ss). Dal 1° gennaio 2003 l'art. 37 cpv. 4 LPGA prevede che nella procedura con l'assicuratore, se le circostanze lo esigono, il richiedente può beneficiare del patrocinio gratuito. Ueli Kieser, in ATSG-Kommentar, a proposito dell'art. 37 cpv. 4 LPGA ha osservato che: " g) Nach der bisherigen Rechtsprechung erfolgte die Bemessung der Entschädigung der unentgeltlichen Vertretung nach Massgabe des kantonalen Rechts; es fehle dafür eine bundesrechtliche Grundlage (vgl. BGE 125 V 409). Weil davon auszugehen ist, dass grundsätzlich das gesamte Verwaltungsverfahren durch bundesrechtliche Normen bestimmt wird (vgl. dazu Art. 1 lit. b ATSG sowie ATSG-Kommentar, Art. 1 Rz. 7; vgl. auch ATSG-Kommentar, Art. 55 Rz. 9), kann diese Rechtsprechung nicht weitergeführt werden. Vielmehr ist dafür zu halten, dass die Bemessung der bei bewilligter unentgeltlicher Vertretung zu beanspruchenden Entschädigung durch das Bundesrecht (vgl. Art. 65 Abs. 5 VwVG, Art.

E. 12

a der Verordnung über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren, vom 10 September 1969, SR 172.041.0) bestimmt wird. " (Ueli Kieser, ATSG-Kommentar, Basilea 2003, Art. 37 cpv. 4 LPGA, N. 22 pag. 402) In una sentenza del 29 marzo 2005 nella causa M. (I 385/04 pubblicata in DTF 131 V 153) il TFA ha stabilito che sotto l'imperio della LPGA, l'onorario dell'avvocato per la procedura amministrativa AI non si determina più secondo il diritto cantonale, bensì in applicazione dell'art. 2 cpv. 1 della Tariffa TFA: pertanto l'esame dell'onorario nell'ambito dell'assistenza giudiziaria gratuita non avviene più soltanto sotto il ristretto profilo dell'arbitrio, bensì anche verificando se le disposizioni determinanti del diritto federale sono state violate oppure se l'amministrazione ha esercitato erroneamente il potere di apprezzamento riservato dall'Ordinanza sulle spese e le indennità nella procedura amministrativa e dalla Tariffa TFA, ritenuto che in tal caso si è in presenza di una violazione del diritto federale. Il TFA ha poi aggiunto che le differenti strutture cantonali dei costi d'avvocato come pure la regolamentazione cantonale concernente le tariffe degli avvocati non configurano un fattore di determinazione per l'importo delle indennità, motivo per cui una tariffa oraria valida per tutta la Svizzera, come

lo ha stabilito l'Ufficio federale delle assicurazioni sociali alla cifra marginale 2058 nella circolare sul contenzioso nell'AVS, AI, IPG e PC, non è di principio contraria alla legge; cionondimeno, la tariffa di fr. 160.- all'ora, come la prevede questa cifra marginale, è troppo bassa; un onorario di fr. 200.- (senza considerare l'imposta sul valore aggiunto) si rivela conforme, nel suo risultato, al diritto federale. L'Alta Corte ha infatti rilevato: " 3.

3.1 Gemäss Art. 37 Abs. 4 ATSG wird im Sozialversicherungsverfahren der gesuchstellenden Person ein unentgeltlicher Rechtsbeistand bewilligt, wo die Verhältnisse es erfordern. Damit besteht nun (vgl. die Rechtsprechung vor dem am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen ATSG: BGE 125 V 409 Erw. 3b) eine bundesrechtliche Regelung des Armenrechts im Verwaltungsverfahren (vgl. Kieser, a.a.O., Art. 37 Rz 22). Weil das ATSG die Bemessung der Entschädigung des unentgeltlichen Rechtsbeistandes nicht ordnet, ist das VwVG anwendbar (Art. 55 Abs. 1 ATSG). Grundlage ist Art. 65 Abs. 5 VwVG in Verbindung mit Art. 12a VVKV und Art. 2 Abs. 1 des Tarifs über die Entschädigungen an die Gegenpartei für das Verfahren vor dem Eidgenössischen Versicherungsgericht vom 16. November 1992 (nachfolgend EVG-Tarif). Demnach ist das Anwaltshonorar ermessensweise nach der Wichtigkeit der Streitsache, ihrer Schwierigkeit sowie dem Umfang der Arbeitsleistung und dem Zeitaufwand des Anwalts innerhalb einer Bandbreite von Fr. 500.- bis Fr. 7500.- zu bestimmen.

3.2 Das BSV hat in Rz 2058 des Kreisschreibens über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL (KSRP) das Honorar für Juristen vorbehältlich besonderer Umstände auf Fr. 160.- pro Stunde festgesetzt. Hierauf stützte sich die IV-Stelle. Es fragt sich, wie Art. 2 Abs. 1 EVG-Tarif auszulegen ist und ob ein gesamtschweizerisch geltender Stundenansatz gemäss Rz 2058 KSRP und dessen Höhe gesetzmässig ist.

4. Verwaltungsweisungen richten sich an die Durchführungsstellen und sind für das Sozialversicherungsgericht nicht verbindlich. Dieses soll sie bei seiner Entscheidung aber berücksichtigen, sofern sie eine dem Einzelfall angepasste und gerecht werdende Auslegung der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen zulassen. Das Gericht weicht also nicht ohne triftigen Grund von Verwaltungsweisungen ab, wenn diese eine überzeugende Konkretisierung der rechtlichen Vorgaben darstellen. Insofern wird dem Bestreben der Verwaltung, durch interne Weisungen eine rechtsgleiche Gesetzesanwendung zu gewährleisten, Rechnung getragen (BGE 130 V 172 Erw. 4.3.1, 232 Erw. 2.1, 129 V 204 Erw. 3.2, 127 V 61 Erw. 3a, 126 V 68 Erw. 4b, 427 Erw. 5a).

5.1 Das kantonale Gericht hat erwogen, Rz 2058 KSRP orientiere sich mit dem Stundenhonorar von Fr. 160.- offenbar an der Praxis des Eidgenössischen Versicherungsgerichts zur Entschädigung für unentgeltliche Verbeiständung im kantonalen Gerichtsverfahren. Dass das BSV einen landesweit einheitlichen Stundenansatz festsetze, erscheine vorerst unter dem Aspekt der Verwaltungsvereinfachung nachvollziehbar. Allerdings liege der Einheitstarif mit Fr. 160.- pro Stunde (zuzüglich 7,6 % Mehrwertsteuer: Fr. 172.16) am unteren Rand der vom Eidgenössischen Versicherungsgericht bestimmten Bandbreite von Fr. 160.- bis Fr. 320.- (einschliesslich Mehrwertsteuer). Dies erscheine insofern als problematisch, als die Bandbreiten-Regelung des Eidgenössischen Versicherungsgerichts mit dem Zusatz "je nach der kantonalen Anwaltsgebühren-Regelung" versehen sei. Die Vorgabe eines landesweiten Einheitstarifs auf vergleichsweise tiefem Niveau verunmögliche es, dass kantonale Abweichungen nach oben berücksichtigt würden. Die Bezugnahme des Eidgenössischen Versicherungsgerichts auf die kantonale Anwaltsgebühren-Regelung sei sachlich nicht nur gerechtfertigt, sondern im Hinblick auf die Ermittlung einer insgesamt angemessenen Entschädigung unentbehrlich. Die kantonalen Unterschiede in den kantonalen Gebührenordnungen und in

den Entschädigungsansätzen der Gerichte im Falle der unentgeltlichen Verbeiständung seien Ausdruck der regional unterschiedlichen Kostenstruktur in der Advokatur. Wenn die Notwendigkeit der unentgeltlichen Verbeiständung bejaht und der gerechtfertigte, stundenmässig anrechenbare Aufwand festgesetzt werde, werde die geleistete Arbeit nur dann angemessen entschädigt, wenn sich der angewandte Stundentarif im regional gegebenen Rahmen bewege. Wenn ohne Rücksichtnahme auf die regional unterschiedliche Kostenstruktur ein tiefer Einheitstarif Anwendung finde, führe dies dazu, dass entweder bei gegebener Stundenzahl die resultierende Entschädigung unangemessen tief ausfalle oder dass im Hinblick auf eine resultatsmässig angemessene Entschädigung eine höhere Stundenzahl als eigentlich gerechtfertigt berücksichtigt werden müsste. Ein landesweit einheitlicher Stundenansatz bewirke somit eine übermässige Schematisierung und verunmögliche eine Ermessensausübung, welche die bundesrechtlich beachtlichen Kriterien ausgewogen berücksichtige. Der Einheitstarif führe zu einer Ermessensunterschreitung, die darin bestehe, dass die entscheidende Behörde sich als gebunden betrachte, obschon sie nach Gesetz berechtigt wäre, nach Ermessen zu handeln, oder dazu, dass sie auf Ermessensausübung ganz oder teilweise zum vornherein verzichte (BGE 116 V 310 Erw. 2 mit Hinweisen). Demnach sei Rz 2058 KSRP insofern mit dem massgebenden Recht nicht vereinbar, als damit ein landesweit einheitlicher Stundenansatz vorgeschrieben werde. Bezogen auf den vorliegenden Fall legte das kantonale Gericht weiter dar, die Anzahl der entschädigungsberechtigten Stunden stehe fest. Die in diesen Stunden geleistete Arbeit unterscheide sich hinsichtlich der fachlichen Voraussetzungen und der Kostenstruktur auf Seiten des Anwalts durch nichts von der Arbeit, die im Falle der unentgeltlichen Verbeiständung im kantonalen Gerichtsverfahren geleistet werde, und auch nicht von der anwaltlichen Arbeit, wie sie im Falle des Obsiegens durch die Gegenpartei zu honorieren sei. Es sei deshalb sachlich richtig, im Kanton Zürich auf den Stundenansatz zurückzugreifen, der seit 1. April 2002 vom Obergericht des Kantons Zürich und vom hiesigen Gericht im Falle der unentgeltlichen Verbeiständung – und vom hiesigen Gericht überdies bei der Festsetzung von Prozessentschädigungen - verwendet werde. Es seien dies Fr. 200.- pro Stunde zuzüglich Mehrwertsteuer. 5.2 Die IV-Stelle wendet ein, an eine Einsprache würden in formeller und materieller Hinsicht minimale Anforderungen gestellt (Art. 52 Abs. 1 ATSG). Werde die Verwaltung verpflichtet, für die diesbezüglichen Aufwendungen der Anwälte den Gerichtstarif anzuwenden, schaffe dies einen Anreiz für immer ausführlicher begründete Einsprachen, was nicht der Sinn der nachträglichen verwaltungsinternen Verwaltungsrechtspflege sei. Es dürfe auch nicht zu einer Bevorzugung gegenüber jenen Personen kommen, die im Einspracheverfahren keinen Anspruch auf unentgeltliche Verbeiständung hätten. Zudem werde das IV-Verwaltungsverfahren einzig durch Bundesrecht normiert. Danach könne die Verwaltung bei der Festsetzung der Entschädigung für unentgeltliche Verbeiständung ihr Ermessen innerhalb einer Bandbreite von Fr. 500.- bis höchstens Fr. 7500.- ausüben. Solange sich die Entschädigung in diesem Rahmen halte sowie der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Streitsache, dem Umfang der Arbeitsleistung und dem Zeitaufwand angemessen Rechnung trage, sei sie nicht zu beanstanden. Für eine Konkretisierung der Tarife mittels kantonaler Anwaltskosten-Regelung bestehe mithin kein Raum. 6. 6.1 Nach dem in Erw. 3.1 Gesagten ist für die Festsetzung des Anwaltshonorars im Sozialversicherungsverfahren neu der bundesrechtliche EVG-Tarif anwendbar. Demnach ist BGE 125 V 408 ff., wonach das Armenrechtshonorar im Verwaltungsverfahren der IV nach kantonalem Recht zu bestimmen war, mit dem ATSG (Art. 37 Abs. 4 in Verbindung

mit Art. 55 Abs. 1) überholt. Dies führt zu der noch in BGE 125 V 410 als unverständlich bezeichneten Konsequenz, dass bei der Bemessung des Honorars im Sozialversicherungsverfahren Bundesrecht und im anschliessenden kantonalen Gerichtsverfahren kantonales Recht gilt (Art. 61 ATSG). 6.2 In SVR 2003 IV Nr. 32 S. 97 hat das Eidgenössische Versicherungsgericht Art. 2 Abs. 1 EVG-Tarif, der für das Verfahren vor der Eidgenössischen Rekurskommission der AHV/IV für die im Ausland wohnenden Personen ebenfalls gilt, ausgelegt und dargelegt, welche Kriterien bei dessen Anwendung gelten. Diese Grundsätze sind für das Sozialversicherungsverfahren analog massgebend. Danach ist die Höhe der Entschädigung nicht im Hinblick auf das früher aus Art. 4 Abs. 1 BV abgeleitete, nunmehr in Art. 9 BV verankerte Willkürverbot zu überprüfen (vgl. BGE 125 V 408 Erw. 3a), sondern daraufhin, ob bei der bundesrechtlich geregelten Festsetzung der Höhe der Entschädigung die einschlägigen Vorschriften verletzt wurden oder ob die Verwaltung das ihr durch die Kostenverordnung und den Tarif eingeräumte Ermessen rechtsfehlerhaft, d.h. ermessensüberschreitend oder -missbräuchlich ausgeübt und insofern eine Bundesrechtsverletzung im Sinne von Art. 104 lit. a OG begangen hat (BGE 120 V 220 Erw. 4a; SVR 2003 IV Nr. 32 S. 98 f. Erw. 5.2). Unter diesem Gesichtswinkel fragt es sich, ob das Kriterium des regionalen Stundenansatzes, das im neu anwendbaren EVG-Tarif nicht enthalten ist, berücksichtigt werden darf. Art. 2 Abs. 1 Ingress Satz 1 EVG-Tarif nennt die unterschiedliche kantonale Kostenstruktur bei Anwälten bzw. die kantonale Anwaltsgebührenregelung nicht als Bemessungsfaktor für die Höhe der Entschädigung. Ein solcher Faktor lässt sich auch nicht den im EVG-Tarif genannten Kriterien (Wichtigkeit und Schwierigkeit der Streitsache, Umfang der Arbeitsleistung und Zeitaufwand des Anwalts) entnehmen. Auch unter dem Aspekt der mit dem ATSG angestrebten Vereinfachung des Sozialversicherungsverfahrens geht ein landesweit einheitlicher Stundenansatz in Ordnung. Unterschiedliche kantonale Anwaltskostenstrukturen können demnach nicht mehr berücksichtigt werden. Daraus folgt, dass ein gesamtschweizerischer Stundenansatz grundsätzlich nicht rechtswidrig ist. Ein einheitlicher Stundenansatz wäre allerdings insofern unkorrekt, als mit einem solchen der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Streitsache sowie dem Umfang der Arbeitsleistung nicht Rechnung getragen werden könnte. Rz 2058 KSRP sieht jedoch bei besonderen Umständen ein Abweichen vom für Juristen bestimmten Stundenansatz vor. Den IV-Stellen steht innerhalb der Bandbreite des EVG-Tarifs von Fr. 500.- bis Fr. 7500.- ein Ermessensspielraum offen. Rz 2058 KSRP ist somit nicht zu beanstanden. 7. Zu prüfen bleibt die vom BSV auf Fr. 160.- fixierte Höhe des Stundenansatzes. Nach der alten Ordnung, wonach das Armenrechtshonorar im IV-Verwaltungsverfahren nach kantonalem Recht zu bestimmen war (BGE 125 V 408 ff.; Erw. 6.1 hievor), hat das Eidgenössische Versicherungsgericht das durchschnittliche Anwaltshonorar im Rahmen der Willkürprüfung innerhalb einer Bandbreite von Fr. 160.- bis Fr. 320.- (einschliesslich Mehrwertsteuer) festgesetzt (SVR 2002 ALV Nr. 3 S. 5 Erw. 3a; Urteil L. vom 22. September 2004 Erw. 4.2, I 322/04). Unter diesem Aspekt ist der vom BSV auf dem tiefsten Niveau gewählte Ansatz von generell Fr. 160.- nicht richtig. Er führt dazu, dass bei gegebener Stundenzahl die Entschädigung unangemessen tief ausfällt oder dass im Hinblick auf ein angemessenes Honorar eine höhere Stundenzahl als gerechtfertigt berücksichtigt wird. Auch wenn die Vorinstanz bei der Bestimmung des Stundenhonorars die kantonalzürcherische Kostenregelung beizog (Erw. 5.1 hievor) und sich damit nicht auf die nunmehr korrekten Bemessungskriterien stützte, erweist sich im Ergebnis der von ihr zugespochene Stundenansatz von Fr. 200.- (zuzüglich Mehrwertsteuer) nicht als

rechtsfehlerhafte Ermessensbetätigung und damit nicht als bundesrechtswidrig. 8. Insoweit die IV-Stelle auch die von der Vorinstanz festgesetzte Anzahl der zu vergütenden Stunden anfecht, ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde unbegründet, weil die vorinstanzliche Feststellung des angemessenen Zeitaufwandes keine Ermessensüberschreitung und auch sonst keine Verletzung von Bundesrecht darstellt (Erw. 2 und 6.2 hievor). " 2.4. Nel caso di specie, dal dettaglio della nota d'onorario risulta che l'avv. RI 1 ha quantificato in 27 ore e 25 minuti l'attività di patrocinio da lui svolta nella procedura d'opposizione contro la decisione 9 dicembre 2003 dell'Ufficio AI che negava al suo assistito il diritto ad una rendita d'invalidità. Quella inoltrata dall'avv. RI 1, così come riconosciuto dalla stessa amministrazione, può essere definita una causa complessa. In particolare, con l'opposizione il patrocinatore ha voluto dimostrare, producendo una serie di refertazioni mediche, che l'assicurato presentava un'incapacità lavorativa pensionabile, esponendo quanto i medici hanno riscontrato, interpretando tali valutazioni e contestando le risultanze della perizia pluridisciplinare effettuata dal SAM. Questa vertenza ha richiesto la stesura di un'opposizione di 11 pagine (domanda di gratuito patrocinio in sede di opposizione inclusa; cfr. doc. AI 109). Il 10 febbraio 2004 l'avv. RI 1 ha inoltre presentato all'Ufficio AI un'istanza di misure superprovvisoriale e provvisoriale, di 3 pagine, chiedendo, visto che il suo assistito viveva esclusivamente grazie all'assistenza sociale e che vi erano buone probabilità di esito positivo dell'opposizione, il versamento in via superprovvisoriale e provvisoriale di una rendita intera in costanza di procedura (doc. AI 111). Quest'ultima domanda è stata parzialmente accolta dall'Ufficio AI con decisione del 1° giugno 2004, con la quale l'amministrazione, dopo aver effettuato il confronto dei redditi ed aver concluso che con ogni probabilità nella decisione su opposizione l'assicurato sarebbe stato posto al beneficio di prestazioni, ha accordato a _____, in via cautelare, una rendita di invalidità di un quarto dal 1° luglio 2002, una rendita intera dal 1° novembre 2002 e una mezza rendita dal 1° dicembre 2003 (doc. AI 123). Dalla nota professionale qui in discussione emerge ancora che il legale ha avuto una conferenza con il cliente, oltre ad alcuni altri contatti – epistolari e telefonici - con il proprio patrocinato, con l'Ufficio AI e con alcuni medici. Ora, viste le caratteristiche della causa e l'impegno profuso dall'avv. RI 1, appare giustificato stabilire l'onorario dovuto considerando un impiego complessivo di

E. 14

ore di lavoro, contrariamente alle 27 ore e 25 min. esposte nella nota d'onorario. Applicando, come visto, una tariffa oraria di fr. 200.— (cfr. consid. 2.3.), all'istante deve essere quindi riconosciuto un onorario pari a fr. 2'800.--; Per quanto attiene alle spese sostenute nel corso della procedura d'opposizione, come visto, l'avv. RI 1 ha fatturato un importo di fr. 600.--. L'Ufficio AI ha contestato tale ammontare, evidenziando che il legale ha sopportato costi eccessivi a causa dell'introduzione in triplice copia anziché in una sola copia degli allegati. L'amministrazione ha quindi ridotto l'ammontare delle spese relative alla procedura di opposizione esposto nella nota professionale, riconoscendo all'avv. RI 1 spese pari a fr. 460.-- (cfr. consid. 1.3.), importo sul quale lo stesso patrocinatore si è dichiarato d'accordo (cfr. consid. 1.4.). Complessivamente la nota d'onorario e spese dell'avv. RI 1 ammonta dunque a fr. 3'260.-- (fr. 2'800.-- + fr. 460.--), più fr. 247.80 di IVA al 7.6% (cfr., a quest'ultimo proposito, DTF 125 V 201 = SVR 2000 IV 10 pag. 30; SVR 2002 ALV nr. 3 p. 5), per un totale di fr. 3'507.80. 2.5. Quanto alle ripetibili rivendicate dall'avv. RI 1 per la procedura ricorsuale, si osserva che secondo giurisprudenza l'avvocato che agisce in causa propria solo eccezionalmente può pretendere un'indennità per ripetibili per la sua attività personale nonché per ulteriori spese o danni (DTF 110 V 132). In

concreto, le condizioni che, secondo quanto stabilito in DTF 110 V 134 consid. 4d, devono essere cumulativamente adempiute per ammettere una simile eccezione (causa complessa e di ingente valore; rilevanza del dispendio di lavoro; rapporto ragionevole tra dispendio profuso e risultato ottenuto), non sono date.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.